

14 Milliarden Mark Entlastung für die Bürger

Die CDU ist die Partei der Steuersenkung

Zum 1. Januar 1988 tritt die Erweiterung der zweiten Stufe der Steuerreform 1986/88 in Kraft. Der Schwerpunkt dieser Steuersenkung liegt bei der verstärkten Abflachung des Lohn- und Einkommensteuertarifs, das heißt der sogenannte Facharbeiter- oder Mittelstandsbauch wird abgebaut. Damit werden die Rahmenbedingungen für Leistungsbereitschaft, Investitionen und Innovationen und damit für mehr Wachstum und Beschäftigung weiter verbessert werden. Darüber hinaus wird der 1986 erhöhte Grundfreibetrag nochmals erhöht, dies gilt auch für den Haushaltsfreibetrag für Alleinstehende mit Kindern. Durch die Steuersenkung wird das verfügbare Einkommen erhöht, das stärkt den privaten Verbrauch und damit die Binnennachfrage.

1988: 14 Milliarden weniger Steuern für die Bürger

Das Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz 1988 zieht einen Teil der für 1990 beschlossenen Steuerreform auf den 1. Januar 1988 vor. Damit wird die bereits für 1988 beschlossene zweite Stufe des Steuersenkungsgesetzes 1986/87 um 5,2 Milliarden DM aufgestockt. Insgesamt wollen wir so die Lohn- und Einkommensteuerbelastung mit Wirkung vom 1. Januar 1988 um fast 14 Milliarden DM verringern.

HEUTE AKTUELL

● STEUERN

Alles über die Steuersenkung 1988. Mit Beispielen.
Seiten 2—9

● HONECKER

Wolfgang Schäuble:
Den Besuch nicht mit Erwartungen überfrachten. Seite 11

● NRW

Norbert Blüm hat die SPD erheblich durcheinandergewirbelt — Pressezitate. Seite 17

● SOZIALES

Stabilität hat sich bewährt: Sozialhilfe seit dem 1. Juli erhöht. Seite 18

● SENIOREN-UNION

In Bonn zog Gerhard Braun eine erfolgreiche Bilanz.
Seite 21

● ÖFFENTLICHKEITS-ARBEIT

Das Gesamtangebot der Informations- und Werbemittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle.
Rosa Teil

Die Steuersenkungserweiterung 1988 im einzelnen:

Zusätzlich zu den in der Progressionszone für den 1. Januar 1988 bereits beschlossenen Entlastungen in einer Größenordnung von rund 8,5 Milliarden DM werden aus dem Steuerreformpaket 1990 insgesamt ca. 5,2 Milliarden DM auf den 1. Januar 1988 vorgezogen und zwar

	Mindereinnahmen Mio. DM
<p>■ Erhöhung des Grundfreibetrages von 4 536/9 072 DM um 216/432 auf 4 752/9 504 DM und entsprechende Anhebung des Haushaltsfreibetrages von 4 536 DM um 216 DM auf 4 752 DM</p>	1 400
<p>Zur Erinnerung: In der 1. Stufe 1986 des Steuersenkungsgesetzes 1986/1988 sind die familienbezogenen Erleichterungen und die Steuersenkungen für Bezieher niedrigerer Einkommen verwirklicht worden. Die jetzige Erweiterung der 2. Stufe führt auch für diese Einkommensbezieher nochmals zu einer Entlastung.</p>	
<p>■ Weitere Abflachung der Grenzbelastung in der gesamten Progressionszone, das heißt Abbau des Facharbeiter- oder Mittelstandsbauches</p>	3 000
<p>■ Änderung des Ausbildungsfreibetrages von 1 200/1 800/3 000 DM auf 1 800/2 400/4 200 DM (auswärts untergebrachte Kinder unter 18 / zu Hause untergebrachte Kinder ab 18 / auswärts untergebrachte Kinder ab 18); Erhöhung des anrechnungsfreien Betrages der eigenen Einkünfte des Kindes um 1 200 DM auf 3 600 DM</p>	300
<p>■ Verbesserung der Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Betriebe nach § 7g EStG</p> <p>Die CDU löst damit die Zusage ein, eine der sogenannten Mittelstandskomponenten der Steuerreform so auszugestalten, daß sie eine wirksame Hilfe für kleine und mittlere Betriebe wird.</p>	500
<p>■ Insgesamt</p>	5 200

Bis 1990: 50 Milliarden Steuerentlastung

Im Gesamtzeitraum 1986 bis 1990 sollen die Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuer um insgesamt fast 50 Milliarden DM — das sind nahezu 2,5 % des Bruttosozialprodukts — gesenkt werden. Die schon im letzten Jahr in Kraft

getretene erste Stufe des Steuerentlastungsgesetzes und die ebenfalls 1986 verbesserten Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude führen in den kommenden Jahren zu Steuermindereinnahmen von jährlich rund 14 Milliarden DM. Weitere ca. 14 Milliarden DM Lohn- und Einkommensteuer sollen mit der verstärkten Steuerentlastung 1988 an die Bürger zurückgegeben werden.

Steuersenkung stärkt Wachstumskräfte für mehr Beschäftigung

Das ist nach unserer Überzeugung der richtige Weg, um die Wachstumskräfte unter schwierigeren weltwirtschaftlichen Vorzeichen zu stärken, berufliche Leistung und Investitionsfähigkeit zu fördern und so bessere Bedingungen für mehr Beschäftigung zu schaffen. Heute geht unter diesem Vorzeichen die wirtschaftliche Dynamik unserer Volkswirtschaft von den internen Faktoren aus. Bereits im letzten Jahr ist die Binnen-nachfrage preisbereinigt um beachtliche 3,7 % angestiegen. Auch 1987 können wir in diesem zentralen Sektor mit einem realen Zuwachs von über 3 % rechnen.

Ausgabendisziplin für solide Finanzierung

Die bis 1990 vorgesehenen Steuerentlastungen werden dazu führen, daß die Nettokreditaufnahme der öffentlichen Hände bis zum Ende dieses Jahrzehnts vorübergehend ansteigt. Für eine umfassende Steuerreform und eine starke Steuerentlastung erscheint dies vertretbar. Die Nettokreditaufnahme steigt nicht wie unter der SPD wegen immer neuer Staatsausgaben dauerhaft, sondern nur zeitweise, weil wir die Steuerbelastung der Bürger deutlich verringern. Seit 1982 haben die Ausgaben des Bundes im Jahresdurchschnitt um 1,7 % zugenommen. Das ist die Bilanz der letzten vier Jahre. Das entspricht nur gut einem Drittel des Anstiegs des Bruttosozialprodukts. Ohne diese Politik hätten wir nicht das ungewöhnliche Maß an Preisstabilität erreicht. Hier sei daran erinnert: In den letzten 10 Jahren SPD-Regierung stiegen die Ausgaben im Schnitt um 9 %, und die Inflationsrate lag 1981 bei 6,3 Prozent.

So werden die Arbeitnehmer entlastet:

Für die Steuerzahler wird in erster Linie die Steuersenkung im Vergleich zum Tarif 1986, der bis Ende 1987 gilt, sichtbar.

Ein **Durchschnittsverdiener** mit einem Bruttoeinkommen von 39 945 DM wird 1988 im Vergleich zum Tarif 1986

- als Lediger um 470 DM (insgesamt im Vergleich zum SPD-Tarif von 1981 um 728 DM bzw. 8,8 %);
- als Verheirateter mit 2 Kindern um 94 DM entlastet (insgesamt im Vergleich zum SPD-Tarif von 1981 um 998 DM bzw. um 20,7 %).

Ein **Facharbeiter in der Mineralölindustrie** mit einem Bruttoeinkommen von 61 436 DM wird 1988 im Vergleich zu Tarif 1986

- als Lediger um 1 523 DM (insgesamt im Vergleich zum SPD-Tarif von 1981 um 2 192 DM bzw. um 12,2 %);
- als Verheirateter mit 2 Kindern um 210 DM entlastet (insgesamt im Vergleich zum SPD-Tarif von 1981 um 1 248 DM bzw. um 12,8 %).

Entlastung des Mehrverdienstes durch Absenkung der Grenzbelastung

Durch die Aufstockung um 3 Milliarden DM werden 1988 insgesamt über 11 Milliarden DM Verbesserungen in der Progressionszone wirksam. Die damit erreichte weitere fühlbare Abflachung der Grenzbelastung stellt — besonders in Verbindung mit der erreichten Preisstabilität — einen bedeutsamen Fortschritt bei der leistungsfördernden Verbesserung des deutschen Steuersystems dar.

1988 wird (im Vergleich zu 1986) die höchste Absenkung der Grenzbelastung — von bisher 43,8 % um 5,1 Prozentpunkte auf 38,7 % — bei einem zu versteuernden Einkommen von ca. 45/90 TDM wirksam. Diese Maßnahme kommt 60 % der Steuerpflichtigen zugute. Denn heute befinden sich über 60 % aller Steuerzahler in der Progressionszone, 1960 waren es erst 5 %. Für diese Steuerzahler wird der steile Anstieg der Grenzsteuersätze, also der Steuern auf den Mehrverdienst, zurückgeführt.

Durch die Abflachung des Tarifverlaufes wird der sogenannte „Facharbeiter- oder Mittelstandsbauch“ abgeschmolzen. Diese Maßnahme entlastet in erster Linie Bezieher mittlerer Einkommen und kommt somit mittelständischen Unternehmen ebenso zugute wie qualifizierten Arbeitnehmern.

Dies ist wichtig, denn mehr Wachstum und mehr Beschäftigung können nur erreicht werden, wenn sich persönliche Leistung und betriebliche Investitionen für die Bürger lohnen.

Entlastung auch für den selbständigen Mittelstand

Da neun von zehn Unternehmen Personengesellschaften sind, ihr Gewinn also beim Inhaber der Einkommensteuer unterliegt, entlastet die Tarifbegradigung vor allem auch die mittelständischen Betriebe. Der geradlinig-progressive Einkommensteuertarif stärkt deshalb auch nachhaltig die Eigenkapitalbildung und damit die Investitionskraft insbesondere der mittelständischen Unternehmen.

Mit einer Absenkung der einkommensteuerlichen Grenzbelastung werden besonders die freiberuflich tätigen Einzelunternehmen vor allem des Mittelstandes, Mitunternehmer von Personengesellschaften sowie Anteilseigner von Kapitalgesellschaften entlastet.

Die CDU ist die Steuersenkungspartei

Die drei Stufen der Steuerreform 1986, 1988 und 1990 sind Bestandteile eines Gesamtplans zur steuerlichen Entlastung von Arbeitnehmern, des selbständigen Mittelstandes und der Unternehmen.

1986 wurden zunächst vor allem die Bezieher niedriger Einkommen und die Familien mit Kindern um insgesamt 10,9 Milliarden DM entlastet. Die für 1988 vorgesehene Steuerreform führt auch für diese Einkommensbezieher nochmals zu einer Entlastung. Der Schwerpunkt der Steuerentlastung liegt 1988 bei der Reform der Einkommensteuer mit der Abflachung des Tarifverlaufes. 1990 schließlich wird der linear-progressive Einkommensteuertarif voll verwirklicht. Dieser arbeitnehmer- und mittelstandsfreundliche Tarif wird eine weitere Bruttoentlastung von 39 Milliarden DM bringen, 20 Milliarden DM davon sollen als echte Entlastung wirksam werden.

Insgesamt werden Bürger und Wirtschaft von 1986 bis 1990 brutto um ca. 63 Milliarden DM entlastet werden, netto werden es 44 Milliarden DM sein.

Die CDU-geführte Bundesregierung stellt damit die Weichen in Richtung auf eine leistungs-, innovations- und investitionsfreundliche Besteuerung. Dies wurde durch die konsequente Ausgabendisziplin in der letzten Legislaturperiode möglich.

Stabilitätspolitik sorgt für tatsächliche Einkommenszuwächse

Durch eine konsequente Stabilitätspolitik wurde das Problem der inflationsbedingten „heimlichen“ Steuererhöhungen beseitigt. Für die Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer ist die wiederge-

Steuerreform unverzichtbar für mehr Wachstum und Beschäftigung

Im internationalen Vergleich kann sich die für 1990 geplante Steuerreform der Bundesregierung sehen lassen: So werden die Einkommensteuerzahler in der Bundesrepublik insgesamt stärker entlastet als in den USA. Dies ist das Ergebnis der jüngsten Analyse des Ifo-Instituts, das die Steuerreformen der Länder USA, Japan und Bundesrepublik Deutschland unter die Lupe nimmt. Auch der Entlastungseffekt der Gesamtreform sei in der Bundesrepublik größer als in den Vereinigten Staaten und in Japan: „Damit werden von der deutschen Steuerreform auch international gesehen vergleichsweise starke Impulse auf die Gesamtwirtschaft ausgehen.“

Zur öffentlichen Diskussion um die Finanzierung der Steuerreform stellt das Ifo-Institut fest: „Japan und die Bundesrepublik Deutschland werden aufgrund

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

wonnene Preisstabilität von entscheidender Bedeutung. Anstelle einer Teuerungsrates von 6,3 % im Jahre 1981 ergab sich 1986 ein Preisrückgang um 0,2 %. Preisstabilität und Steuersenkungen haben entscheidend dazu beigetragen, daß die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen 1986 um ca. 4,5 % zunehmen konnte. Nach der Kaufkraftschumpfung Anfang der achtziger Jahre ist das der stärkste Anstieg der Realeinkommen seit langem. In Zukunft werden Leistungsbereitschaft, Einsatzfreude, beruflicher Erfolg und unternehmerisches Engagement nicht mehr durch eine viel zu rasch steigende Steuerprogression bestraft.

der geplanten steuer- und finanzpolitischen Maßnahmen höhere Staatsdefizite in Kauf nehmen müssen. Angesichts ihrer im Vergleich zu den USA günstigen Ausgangssituation werden sie dies — falls die Defiziterhöhung im Rahmen bleibt — auch verkraften können.“

Auch das Hamburger Wirtschaftsforschungsinstitut HWWA äußert sich positiv zu der geplanten Steuerreform. In dem HWWA-Bericht „Konjunktur von morgen“ unterstreicht das Institut, daß die Steuerreform wachstumspolitisch unverzichtbar sei. Insbesondere weist das Institut Überlegungen zurück, das Entlastungsvolumen zu verringern und ein Teil der Reform auf das Jahr 1992 zu verschieben. Die geplante Reform sei, zusammen mit den Steuersenkungen 1986/88, eine wichtige Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung. Sollte die Wirtschaftsentwicklung tatsächlich ungünstiger sein als bei der Steuerschätzung unterstellt, mache dies die Reform um so notwendiger.

Und so beurteilen Wirtschaft und Steuer-Gewerkschaft die geplante Steuerreform der Bundesregierung:

Bundesverband der Deutschen Industrie:
„Das Steuerpaket wird zu einer umfassenden Entlastung breiter Einkommenschichten führen. Dies ist notwendig und richtig. Die Linearisierung des Einkommensteuertarifs stellt einen entscheidenden Fortschritt im Hinblick auf die Leistungsmotivation dar. Sie beseitigt den ungerechten übermäßigen steuerlichen Zugriff, insbesondere im Bereich der mittleren Einkommenschichten und schafft einen erheblichen Anreiz für jeden einzelnen, mehr zu leisten und

damit das Wachstumspotential zu vergrößern.“

Deutsche Steuer-Gewerkschaft:

„Der linear-progressive Tarif ist — im Zusammenwirken mit der Erhöhung des Grundfreibetrages, der Ausbildungsfreibeträge sowie der Absenkung des Einkommenssteuersatzes — ein richtiges steuerpolitisches Signal.“

Deutscher Industrie- und Handelstag:

„Zunächst einmal muß man allein vom Gesamtvolumen der Steuerreform her dieses Werk loben. Ein Ausfallvolumen von 25 Milliarden DM bedeutet zweifellos einen großen Schritt in die Richtung weniger Staat, mehr Privat.“

Die beabsichtigte Tarifsenkung im unteren

Bereich sei ganz außerordentlich, da sich der Grundfreibetrag dem sozialen Existenzminimum nähere. Damit werde die Fehlentwicklung unter den Regierungen Brandt und Schmidt, die die Sozialhilfe und das Besteuerungsminimum auseinanderdriften ließen, entscheidend korrigiert. Die von der Bundesregierung geplante Steuerreform übertreffe damit bei weitem alle Steuerpläne der Oppositionsparteien in diesem Bereich. Und:

„Das Mittelstück des Tarifs, der progressiv-lineare Tarifeil, ist zweifellos die volkswirtschaftlich und marktwirtschaftliche Meisterleistung der Koalition, die die höchste Anerkennung, insbesondere des Mittelstandes verdient.“

Im Handwerk sind Lehrstellen frei

„Die Lehrstellensituation im Handwerk war noch nie so günstig wie in diesem Jahr. Daher sollten alle Schulabgänger, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, insbesondere auch Mädchen und ausländische Jugendliche, die Chancen einer qualifizierten Ausbildung und die vielfältigen Weiterbildungsmöglichkeiten in den 126 Handwerksberufen nutzen.“ Das betonte Handwerkspräsident **Paul Schnitker** unter Hinweis auf die Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit, die nachweisen, daß in den großen Berufsgruppen des Handwerks — wie den Metall-, Elektro-, Ernährungs-, Bau- und Ausbauberufen — weit mehr Ausbildungsplätze als Lehrstellenbewerber registriert sind. Danach stehen in den weitgehend vom Handwerk angebotenen Metallberufen 95 000 gemeldeten Lehrstellen nur 70 000 Bewerber gegenüber. Ähnlich ist die Situation im Baubereich mit 43 000 angebotenen Lehrstellen und 19 000 Bewerbern.

Schwierigkeiten ergäben sich insbesondere für weibliche Schulabgänger, deren Wünsche sich auf eine Ausbildung in den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen beschränkten. Dazu Schnitker: „Bei einer gesunkenen Zahl an Lehrstellenbewerbern stehen im Handwerk auch in diesem Jahr rund 250 000 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Der besonders starke Ausbildungsjahrgang 1984 schließt seine Lehre in diesen Wochen weitgehend ab und macht somit Platz für neue Bewerber. Ich richte daher vor allem an die Mädchen die Bitte, die vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten des Handwerks noch besser zu nutzen.“

**Die nächste Ausgabe
des UiD (Nr. 24)
erscheint in drei Wochen
am 13. August 1987**

Wie die SPD den Bürgern das Geld aus der Tasche ziehen will

Die CDU-geführte Bundesregierung verwirklicht eine große Steuerreform, die diesen Namen auch tatsächlich verdient. Die SPD versucht in diesen Wochen wieder einmal die größte Steuersenkung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu zerreden.

Die SPD will nun, da die Bundesregierung schon den dritten Teil ihres umfangreichen Steuersenkungskonzeptes konkretisiert hat, den Eindruck erwecken, als sei sie die große Steuersenkungspartei. Aber die SPD will keine Steuerentlastung für die Bürger. Sie möchte davon ablenken, daß es ihr nicht um Steuerentlastung geht, sondern um Steuererhöhungen für Arbeitnehmer und Mittelstand, damit sie Gelder für wirkungslose Strohfeuerprogramme ausgeben kann. Es sei nur daran erinnert, daß die SPD während ihrer Regierungszeit 17 Strohfeuerprogramme mit einem Aufwand von 55 Milliarden Mark ohne Erfolg realisiert hat.

Das Steuererhöhungsprogramm der SPD

Die auf dem Nürnberger Parteitag 1986 beschlossene Steuerpolitik der SPD ist nach wie vor aktuell. Die Devise dieses Steuererhöhungsprogramms lautet: Staatsquote rauf, Steuerquote nicht runter. Im Klartext heißt dies Steuererhöhung. Das wird mit der Steuererhöhungsliste der SPD offenkundig:

— **Rückgängigmachen der für 1988 bereits beschlossenen Steuersenkungen** unter gleichzeitiger Neuverteilung der Entlastung. Dabei muß man sich daran erinnern, daß die Gesamtentlastung von rd. 20 Mrd. DM in zwei Stufen aufgeteilt

wurde und daß in die erste Stufe alle diejenigen Entlastungen vorgezogen wurden, die den Familien und den Beziehern niedriger Einkommen zugute kommen.

— **Verschärfung der Steuerprogression schon im Bereich von Facharbeitereinkommen**, indem die Einkommensspanne, in der die Steuerbelastung von 22 % auf den Spitzensteuersatz von 56 % ansteigen soll, zusammengedrückt wird. Die SPD beklagt heuchlerisch die Zunahme der Steuerprogression in der Vergangenheit. Dabei hat sie dies selbst bewirkt, indem sie die Rückgabe der heimlichen Steuererhöhungen auch an die Bezieher höherer Einkommen durch Streckung des Tarifverlaufs verweigerte und so die Progressions-Steilwand schuf, in die jetzt weite Teile der Arbeitnehmer hineingewachsen sind. Statt aber aus diesem Fehler zu lernen, will die SPD genau das wiederholen, was sie jetzt beklagt.

— **Streichung, zumindest Teilstreichung des Ehegattensplittings**. Die Begründung, es „verschleudere Steuermittel für den Tatbestand der Eheschließung“ spricht Bände. Die SPD hat noch immer nicht begriffen, daß das Splitting auch nach den Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts die sachgerechte Art der Ehegattenbesteuerung ist. Die SPD hat noch immer nicht begriffen, daß sie mit einer Streichung oder Einschränkung des Splittingverfahrens auch die Eltern treffen würde, die ihre Kinder bereits großgezogen haben, oft unter vielen Entbehrungen. Die SPD hat auch noch immer nicht begriffen, daß die intakte Familie nicht schlechter gestellt werden kann, als z. B. geschiedene Ehegatten (Realsplitting), daß also Steuermehreinnahmen keines-

falls in dem Umfang zu erwarten wären, der den Ideologen vorschwebt.

— **Streichung der steuerlichen Kinderfreibeträge.** Die inzwischen beseitigte steuerliche Diskriminierung der Familien mit Kindern soll also fröhliche Urstände feiern. Die SPD will den Kindern kein Existenzminimum zugestehen, wie es für jeden Erwachsenen selbstverständlich ist. Es soll steuerlich keinen Unterschied machen, ob vom Familieneinkommen nur zwei oder ob drei, vier oder fünf Personen leben müssen — ein eklatanter Verstoß gegen das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit.

— **Weitestgehende Streichung aller Subventionen,** Umstellung „unverzichtbarer“ Subventionen auf einen Abzug von der Steuerschuld. **Im Klartext hieße dies z.B. Streichung des Arbeitnehmerfreibetrags** entweder ersatzlos oder zugunsten eines Abzugs von der Steuerschuld, **Streichung des Weihnachtsfreibetrags** entweder ersatzlos oder zugunsten eines Abzugs von der Steuerschuld, **Streichung des Abzugs von Vorsorgeaufwendungen und von Bausparbeiträgen,** ebenfalls entweder ersatzlos oder zugunsten eines für alle gleichen Abzugs von der Steuerschuld, **Streichung der Abziehbarkeit von Spenden, Kirchensteuer, Berufsausbildungskosten usw.,** ebenfalls entweder ersatzlos oder zugunsten eines Steuerabzugs.

— **Einführung einer Quellensteuer auf alle Zinseinkünfte und/oder Einführung eines umfassenden Systems von Kontrollmitteilungen** der Banken an die Finanzämter über Zinseinkünfte. Nur zur Erinnerung: Das fordert die Partei, die gegen alle Maßnahmen zur schärferen Überwachung potentieller Straftäter eintritt.

— **Einführung einer allgemeinen Arbeitsmarktabgabe.**

— **Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe.**

— **Erhöhung der Verbrauchsteuern auf „Luxusgüter“.** Was ein „Luxusgut“ ist, bestimmt natürlich die SPD. Mit höherer Verbrauchsteuer kann wohl nur die Mehrwertsteuer gemeint sein. Wenn man weiß, daß in manchen Staaten bestimmte Warengruppen des gehobenen Bedarfs mit bis zu 38 % Mehrwertsteuer belegt werden, sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt.

— **Ausdehnung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe.**

Das Steuererhöhungsprogramm der SPD zeigt: Der SPD geht es um verteilungspolitisch einseitig und kurzatmig angelegte Tarifänderungen, um eine **Verschärfung der Steuerprogression für Leistungsträger, also auch für Mittelständler und Handwerker** — schon Facharbeiter-Einkommen würden einer rasch zunehmenden Steuerbelastung unterliegen —, sowie um die steuerrechtliche **Benachteiligung der Familie.** Den Mittelstand versucht die SPD auf der einen Seite mit einer steuerfreien Investitionsrücklage zu ködern. **Doch gerade die Risiko- und Leistungsträger sollen eine Ergänzungsabgabe bezahlen,** bei gleichzeitigem Festhalten an der unerträglich hohen Steuerbelastung. Dies zeigt, daß es der SPD nur um Effekthascherei geht.

Mehrwertsteuere Diskussion nur Ablenkungsmanöver

In diesen Wochen hört man ständig wieder die Behauptung namhafter SPD-Politiker, die Koalition plane die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Damit versucht die SPD davon abzulenken, daß die Mehrwertsteuer in ihrer Regierungszeit eine beliebte Finanzierungsquelle war. So hatte der Bundesfinanzminister Apel (SPD) keine Bedenken, zum 1. Januar 1978 und zum 1. Juli 1979 die Mehrwertsteuer jeweils um einen Prozentpunkt zu erhöhen. 1981

kannte Hans Matthöfer als SPD-Finanzminister keine Skrupel, die Mineralölsteuer, die Branntweinsteuer, die Tabaksteuer und die Schaumweinsteuer anzuhoben.

Steuerentlastungen durch Steuererhöhungen kompensiert

Die SPD hatte sich schon in den 70er Jahren als Steuererhöhungspartei präsentiert: In den Jahren 1969 bis 1982 wurden Steuersenkungen auf dem Gebiet der Lohn- und Einkommensteuer immer nur bei gleichzeitiger Erhöhung anderer Steuern vorgenommen. So standen in diesem Zeitraum Steuerentlastungen von brutto 51,6 Milliarden DM Steuererhöhungen von 25,2 Milliarden DM gegenüber. Die Steuerzahler sind in diesen 13 Jahren netto nur um 26,4 Milliarden DM entlastet worden, ein Betrag, der unter Berücksichtigung der hohen Inflationsraten (1973: + 7,0 %, 1974: + 7,0 %, 1975: + 6,0 %, 1980: + 5,5 %, 1981: + 6,3 %) und des damit verbundenen Problems der heimlichen Steuererhöhungen kaum der Rede wert ist.

Zum Vergleich: Zusammen mit den Steuerentlastungsrunden 1986 und 1988 erreicht die CDU-geführte Bundesregierung bis 1990 eine Steuersenkung im Volumen von über 60 Milliarden DM. Und dies vollzieht sich bei Preisstabilität: Im letzten Jahr sind die Lebenshaltungskosten für die privaten Haushalte sogar um 0,2 % gesunken.

All dies macht deutlich: gemessen an den Taten ist die SPD die Steuererhöhungs- und Schuldenpartei, die mit ihrer Politik während ihrer Regierungszeit die Steuer- und Abgablast nach oben drückte, Inflationspolitik zu Lasten von Arbeitnehmern und Rentnern betrieb und durch eine Politik der Staatsverschuldung auf Kosten der zukünftigen Generation lebte.

Gewerbsteuer: Kein Anlaß zur Beunruhigung

Zur aktuellen Diskussion um die Gewerbesteuer erklärt der Bundesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands, Horst Waffenschmidt:

Für die Gemeinden besteht kein Anlaß zur Beunruhigung. Bundeskanzler Helmut Kohl hat das gesagt, was immer Inhalt seiner Erklärungen war:

1. In dieser Wahlperiode des Deutschen Bundestages wird an der Gewerbsteuer nichts geändert. Sie bleibt den Gemeinden als wichtige Einnahmequelle erhalten.
2. Wenn die Entwicklung in Europa in Zusammenhang mit der Verwirklichung des Binnenmarktes 1992 die Abschaffung der Gewerbsteuer erforderlich macht, so muß ein gleichwertiger Ausgleich für die Gemeinden geschaffen werden, dem die Kommunen zustimmen können.
3. Eine Neuordnung des Gemeindefinanzsystems soll nur mit Zustimmung der Betroffenen, also mit Zustimmung der Kommunen erfolgen.
4. Im übrigen ist die Neuordnung des Gemeindefinanzsystems nur mit einer Änderung des Grundgesetzes möglich, setzt also eine breite politische Zustimmung voraus. ■

Mehr Personal für Friedland

Wegen des großen Zustroms von Übersiedlern aus Ostblockländern in das Grenzdurchgangslager Friedland bei Göttingen hat die niedersächsische Landesregierung beschlossen, das dort eingesetzte Personal zum zweiten Mal in diesem Jahr zu verstärken. Insgesamt lag die Zahl der in Friedland registrierten Aus-siedler in den ersten sechs Monaten bei 12767.

Die Konjunktursignale zeigen nach oben

„Die Konjunktur in der Bundesrepublik Deutschland hat sich stabilisiert. Das unterbrochene Wachstum ist wieder in Gang gekommen.“ Zu diesem Ergebnis kommt der Konjunkturbericht vom Juli 1987 des Bundesverbandes deutscher Banken. Der Verband sieht die Abschwächung der wirtschaftlichen Entwicklung im Winterhalbjahr als überwunden an.

Wurden die kräftigen Produktionssteigerungen im April noch als „Nachhol-Effekte“ bezeichnet, so kann bei den Daten für den Mai von einer echten Stabilisierung gesprochen werden. Auch im fünften Monat des Jahres wurde die Industrie-Produktion nochmals erhöht. **Besonders positiv ist die Entwicklung der Exporte.** Die Bestellungen aus dem Ausland lagen im 2. Quartal 1987 deutlich über dem Niveau des ersten Vierteljahres. Diese kräftige Ausdehnung der Auslandsnachfrage deutet auch nach Ansicht des **Bundeswirtschaftsministeriums** darauf hin, daß die Anpassung der Nachfrage an den erheblichen Rückgang des Dollarkurses vorangekommen ist. Ebenfalls wirkt sich die seit dem Louvre-Abkommen vom Februar 1987 eingetretene Stabilisierung der Wechselkurse positiv auf die Geschäftsabschlüsse aus.

Der jüngste Monatsbericht der **Deutschen Bundesbank** vom Juli kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, daß die konjunkturellen Daten nun wieder eindeutig nach oben gerichtet sind. Ein Plus von 2,5 % bei den Industrieerzeugnissen, sogar 4,5 % mehr Bestellungen aus dem Ausland — die Konjunktur geht mit Schwung in das 2. Halbjahr 1987.

Die inländische Nachfrage hat sich weiterhin gekräftigt. „Die privaten Ver-

brauchsausgaben nehmen, gestützt auf anhaltende reale Einkommenszuwächse bei den privaten Haushalten, wieder zu“ — so der Bundesverband der Banken. Dadurch steigen die Umsätze des Einzelhandels, insbesondere die Konsumgüterindustrie profitiert davon. Dennoch bleiben die Verbraucherpreise weitgehend stabil.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich dieser positive Prozeß noch nicht niedergeschlagen, da er immer mit einiger Verzögerung der wirtschaftlichen Entwicklung folgt. **Dennoch nimmt die Beschäftigung weiterhin zu.** Im Frühjahr lag die Zahl der Erwerbstätigen um rund 200 000 über dem vergleichbaren Vorjahresstand.

Auch die Bundesbank stellt einen immer noch deutlichen Zustrom von Arbeitssuchenden auf dem Arbeitsmarkt fest. Die Hauptursache hierfür liegt in der weiterhin ansteigenden Zahl von Schulentlassenen, die nun auf den Arbeitsmarkt drängen.

Der monatliche Konjunkturbericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 17. Juli 1987 stellt fest:

„Das Konsumklima ist gut.“ Kräftige Konjunkturimpulse kommen nach wie vor aus dem privaten Verbrauch. Das wird auch für 1987 weiter so bleiben. Doch neben einer starken Binnennachfrage nach Konsumgütern brauchen wir für die Stabilität des Konjunkturverlaufs und für eine weitere Zunahme der Beschäftigung einen deutlichen Anstieg der privaten Investition.

Das Fazit aus den Berichten ist positiv, auch wenn gewisse Risiken unverkennbar sind. Doch der Wachstumsprozeß geht über 1987 hinaus weiter. Die Konjunktursignale stehen auf grün. Die Politik der Bundesregierung ist auf dem richtigen Weg.

Wolfgang Schäuble:

Erklärung zum Honecker-Besuch

Zum vorgesehenen Besuch des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland erklärte der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Wolfgang Schäuble, vor der Bundespressekonferenz u. a. :

Auf Einladung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl, wird der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 zu einem offiziellen Besuch in die Bundesrepublik Deutschland kommen und dabei am 7. und 8. September Gespräche in Bonn führen und anschließend Städte in Nordrhein-Westfalen, im Saarland, in Rheinland-Pfalz und in Bayern besuchen.

Ich will noch einmal sagen, daß dieser Besuch nach Auffassung der Bundesregierung ein wichtiges Ereignis ist, ein Ereignis, das bei vielen Menschen sehr vielfältige Empfindungen ansprechen wird, aber ein Ereignis, von dem die Bundesregierung glaubt, daß es richtig ist, wenn wir sehr behutsam damit umgehen. Das heißt übrigens auch, daß wir den Besuch nicht mit Erwartungen überfrachten sollten.

Zwischen den Verantwortlichen zwischen beiden Staaten in Deutschland besteht seit geraumer Zeit grundsätzliche Übereinstimmung, daß ein solcher Besuch erwünscht ist und daß man einen geeigneten Zeitpunkt suchen wollte; das ist oft genug erklärt worden.

Wir halten den Zeitpunkt jetzt für besonders geeignet, insbesondere weil sich die Beziehungen zwischen den beiden Staa-

ten in Deutschland in den zurückliegenden Jahren so entwickelt haben, daß jetzt ein guter Zeitpunkt für diesen Besuch ist. Ich will die Entwicklung der Beziehungen noch einmal anhand der Entwicklung im Reiseverkehr in beiden Richtungen beschreiben, aber insbesondere anhand der Besucherzahlen von jüngeren Deutschen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland.

Sie wissen, daß Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Honecker bei ihrem Gespräch im März 1985 in Moskau darüber gesprochen hatten, daß man insbesondere für jüngere Deutsche in der DDR die Reisemöglichkeiten erweitern sollte.

Während wir bis Anfang der 80er Jahre nur in der Größenordnung von wenigen Zehntausend pro Jahr Besuchsmöglichkeiten hatten, haben wir auf der Grundlage dieses Gesprächs und der dann eingetretenen Entwicklung im vergangenen Jahr 653 000 Besucher unterhalb des Rentenalters aus der DDR gehabt. Diese Entwicklung hält an und setzt sich fort. Im ersten Halbjahr dieses Jahres sind wir schon bei knapp unter einer halben Million angekommen, so daß wir eine gute Chance haben, daß bei der Fortsetzung dieser Entwicklung wir in die Größenordnung von einer Million Besucher in sogenannten dringenden Familienangelegenheiten im Jahre 1987 kommen.

Beide Seiten möchten, daß sich diese Entwicklung fortsetzt.

Im Rahmen des Besuches soll durch die zuständigen Minister das Umweltschutzabkommen, das bereits paraphiert ist, unterzeichnet werden. Wenn die Ver-

handlungen, die derzeit über das Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und über das Abkommen über kerntechnische Zusammenarbeit stattfinden, noch rechtzeitig zu Ende kommen — vorgesehen ist das —, dann sollen auch diese beiden Abkommen anlässlich des Besuches durch die jeweils zuständigen Minister unterzeichnet werden.

Generalsekretär Honecker wird am Montagvormittag in Bonn eintreffen. Er wird durch den Bundeskanzler im Bundeskanzleramt empfangen werden. Er wird als ein Staatsoberhaupt empfangen werden. Er übt die Funktion des Staatsoberhauptes der DDR aus und er wird mit dem, was bei uns in der Bundesrepublik Deutschland protokollarisch üblich ist, empfangen werden, und zwar im Bundeskanzleramt am Montag, dem 7. September, vormittags. Er wird nach einem ersten Gespräch im Bundeskanzleramt den Herrn Bundespräsidenten aufsuchen.

Im Mittelpunkt der zwei Tage in Bonn wird die Gelegenheit zu ausführlichen Gesprächen stehen, sowohl im Rahmen der Delegationen als auch in kleinerem Kreis; also ausführliche Gespräche zwischen dem Bundeskanzler und Generalsekretär Honecker.

Lassen Sie mich vielleicht noch die eine Bemerkung machen: Dieser Besuch findet statt, obwohl beide Seiten in grundsätzlichen Fragen unterschiedliche Standpunkte haben, an denen auch dieser Besuch nach Einschätzung der Bundesregierung nichts ändern wird.

Aber der Besuch soll den Willen der Verantwortlichen in beiden Staaten in Deutschland zur Zusammenarbeit ausdrücken. Diese Zusammenarbeit liegt in beiderseitigem Interesse und sie dient vor allem den Menschen im geteilten Deutschland.

Zitate

„Dieser Besuch ist richtig, und die CDU begrüßt ihn. Alles, was dazu beiträgt, die Lebensbedingungen der Deutschen im anderen Teil zu verbessern, die Kontakte zu verbessern, ist gut. Wir wollen auch die wirtschaftlichen Beziehungen ausbauen. Es handelt sich bei den Menschen in der DDR nicht um Leute eines anderen Sterns, sondern um unsere Landsleute und Deutsche. Wir haben infolgedessen auch eine Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß es diesen Landsleuten besser geht — soweit wir dazu einen Beitrag leisten können.“

„Die DDR soll die Möglichkeit schaffen, daß die Bundesdeutschen selbst die Devisen in die DDR bringen. Nicht der Staat, sondern die Leute selber, indem sie die DDR besuchen. Es sollten nicht nur eine Million Leute aus der DDR zu uns kommen, sondern noch viel mehr Besucher, Urlauber in die DDR als Urlaubsland fahren. So zum Beispiel ins Elbsandsteingebirge. Die Touristen würden harte DM in der DDR lassen.“

(Generalsekretär Heiner Geißler zur Devisenbeschränkung der DDR für Westbesucher im Flensburger Tageblatt-Interview vom 18. 7. 1987)

Ausländerwahlrecht erschwert Integration

Die Einführung des Ausländerwahlrechts, wie von SPD und FDP in Hamburg geplant, nützt nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Karl Miltner**, weder der deutschen Bevölkerung noch den ausländischen Bürgern in der Bundesrepublik. Abgesehen davon, daß Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann das Vorhaben als verfassungswidrig bezeichnet habe, erschwere das kommunale Wahlrecht eher die Integration, indem es davon abhalte, einen Antrag auf Einbürgerung zu stellen.

Helmut Kohl zum Weizsäcker-Besuch in Moskau

Ein Meilenstein auf dem Weg der Verständigung

Vor der Bundespressekonferenz in Bonn gab Bundeskanzler Helmut Kohl zum Besuch des Bundespräsidenten in der Sowjetunion eine Erklärung ab. Darin heißt es u. a.: Zunächst will ich die Gelegenheit nutzen, um dem Herrn Bundespräsidenten sehr herzlich zu danken für das, was er mit Würde und Autorität während seines Staatsbesuchs in der Sowjetunion für unser Land und vor allem auch für die deutsch-sowjetischen Beziehungen geleistet hat.

Mein Dank gilt auch den sowjetischen Gastgeber, die im Rahmen des Besuchsprogramms Begegnungen mit einem breiten Spektrum von Menschen und Meinungen ermöglichten.

Der Bundespräsident hat in seinen Reden und Gesprächen mit der sowjetischen Führung Kernfragen des Friedens und der Sicherheit, der bilateralen und europäischen Zusammenarbeit und unseres Zusammenhalts als Nation angesprochen. Er hat erneut unsere Bereitschaft bekräftigt, die Beziehungen zwischen unserem Land und der Sowjetunion in der Perspektive des Jahres 2000 auf eine neue, auf eine feste, auf eine langfristige Grundlage zu stellen.

Ich will das noch einmal unterstreichen: Dies ist ein ganz wichtiges Ziel, auch gerade meiner Politik, langfristige, berechenbare Beziehungen zu begründen.

In der Regierungserklärung vom 18. März habe ich unsere Politik auch für die neue Legislaturperiode festgeschrieben. Ich sagte:

„Die Beziehungen zur Sowjetunion sind für uns von zentraler Bedeutung. Sie zu festigen und zu vertiefen, entspricht den Interessen und Wünschen der Menschen in unseren beiden Staaten. Und wir fördern damit die Verständigung zwischen West und Ost und stärken den Frieden in Europa.“

Seit dieser Regierungserklärung haben wir schon eine beachtliche Wegstrecke zurückgelegt:

■ Anfang April hat in Bonn die Gemischte Wirtschaftskommission unter Leitung von Bundesminister Bangemann und dem stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Antonow getagt; in ihrem Mittelpunkt standen neue Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

■ Mitte April haben die Bundesminister Frau Süssmuth und Riesenhuber Moskau besucht und dort Ressortabkommen über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit im Gesundheitswesen und in der zivilen Kernforschung unterzeichnet.

■ Anfang Mai war der Erste Stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Murachowski in unserem Land. Er unterzeichnete gemeinsam mit Bundesminister Kiechle ein Abkommen über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit im Agrarbereich.

■ Während des jetzigen Staatsbesuches haben Bundesminister Genscher und Außenminister Schewardnadse durch Unterzeichnung eines Schlußprotokolls das Rahmenabkommen über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit und die genannten Ressortabkommen in Kraft gesetzt.

■ Ein Abkommen über Zusammenarbeit im Umweltschutz steht vor dem Abschluß, desgleichen Abkommen über Binnen- und Seeschifffahrt.

■ Die Zahl deutschstämmiger Sowjetbürger, die in den ersten sechs Monaten dieses Jahres zu uns ausreisen und sich hier mit ihren Angehörigen vereinigen konnten, zeigt eine erfreuliche, eine steigende Tendenz. Und ich werte es im Interesse der Menschen als ein wichtiges Ergebnis des Staatsbesuches, daß die sowjetische Führung die Fortsetzung dieser positiven Entwicklung zugesagt hat. Zu Recht hat der Bundespräsident seinen Staatsbesuch als ein wichtiges Glied in einer Kette der hochrangigen politischen Dialoge gewertet. Der Staatsbesuch des Bundespräsidenten ist ein Meilenstein auf dem Wege der Verständigung, aber wie wir wissen, sind es noch große Strecken des gemeinsamen Weges, große Aufgaben zukunftsgerichteter Zusammenarbeit auf allen Gebieten, die vor uns liegen.

Ich begrüße deshalb besonders, daß der hochrangige politische Dialog intensiv fortgesetzt wird. So werden der Bundesminister des Auswärtigen und sein sowjetischer Kollege sowohl am Rande der nächsten Generalversammlung der Vereinten Nationen wie auch noch in diesem Jahr hier in Bonn zusammentreffen.

Weitere hochrangige Besuche am Rhein werden folgen. Der Bundespräsident hat meine Einladungen an Generalsekretär Gorbatschow und Ministerpräsident Ryschkow erneuert und seinen Gastgeber, den Präsidenten des Präsidiums des Obersten Sowjet, Gromyko, zu einem Gegenbesuch in unser Land eingeladen. Ich will übrigens ausdrücklich hinzufügen, daß ich es sehr begrüßt habe, daß Herr Gromyko bei seiner Begegnung mit dem Bundespräsidenten vor allem auch die große langfristige Bedeutung der Ver-

besserung der kulturellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion hervorgehoben hat. Sie wissen, dies ist ein Thema, dem ich mich immer wieder selbst mit großer Intensität zuwenden möchte.

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen können eine neue Dimension dadurch gewinnen, daß wir, anknüpfend an die Tradition und Geschichte, unseren Blick eben nicht nur auf die bilateralen Beziehungen verkürzen, sondern den Blick richten auf die Begegnungen mit Europa insgesamt. Ich würde es deshalb sehr begrüßen, wenn Generalsekretär Gorbatschow seinen Besuch in der Zeit unserer Präsidentschaft in den Europäischen Gemeinschaften im ersten Halbjahr 1988 verwirklichen könnte.

Wir könnten dann gemeinsam über die europäischen Realitäten des auslaufenden Jahrhunderts sprechen.

Wir könnten sprechen über die Felder der Zusammenarbeit in Europa, zwischen EG und RGW, wobei ich davon ausgehe, daß die gegenwärtigen Gespräche zwischen EG und RGW in Brüssel bis dahin schon erste Ergebnisse erbracht haben können.

Wir können darüber reden, was wir meinen, wenn wir die deutsch-französische Versöhnung als die große historische Leistung der Nachkriegszeit würdigen und uns zum Vorbild für unser Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn nehmen, weil eben nach unserer Auffassung im Europa von morgen Grenzen die Menschen nicht trennen, sondern verbinden sollen.

Genau dies ist der Kern unserer Politik im geteilten Deutschland, wie wir sie der Sowjetunion bei Abschluß des Moskauer Vertrages im „Brief zur deutschen Einheit“ verdeutlicht haben. Beides — der Vertrag und der Brief — gelten fort nach Buchstaben und Geist.

RCDS:

In Aachen und Frankfurt linke Mehrheit gebrochen

Zu den hervorragenden Wahlergebnissen des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) bei den Wahlen zu den Selbstverwaltungsgremien der Hochschulen erklärte der Bundesvorsitzende Jürgen Hardt: Bei den Studentenparlamentswahlen in Aachen und Frankfurt ist es gelungen, die Mehrheit der linken Bündnisse unter Führung demokratiefeindlicher Kräfte aufzubrechen. In Zukunft werden in Aachen und Frankfurt allgemeine Studentenausschüsse in einer Koalition aus gemäßigten Studentenvertretern die Verantwortung für die studentische Selbstverwaltung übernehmen.

Die Wahlerfolge des RCDS erstrecken sich mit wenigen Ausnahmen über die gesamte Bundesrepublik.

In Marburg wurde der RCDS überra-

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

Ein wesentliches Erfolgskriterium des Staatsbesuches ist sein Zeitpunkt:

■ Er ist Teil einer dichten Folge hochrangiger West-Ost-Begegnungen, an der sich alle unsere Freunde und Verbündeten und alle unsere östlichen und südöstlichen Nachbarn beteiligen.

■ Er findet statt in einer Phase intensiver Rüstungskontrollverhandlungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion in Genf, die — davon bin ich überzeugt — noch in diesem Jahr zu einem Abkommen über die weltweite Beseitigung von Mittelstreckenwaffen in den Reichweiten zwischen 500 und 5500 km führen werden. Wir als Bundesregierung wollen dazu unseren Beitrag leisten.

schend stärkste Fraktion im Konvent, an anderen Universitäten wie Freiburg, Bamberg, Berlin und Köln liegt der Stimmenzuwachs bei fünf Prozent.

Der RCDS ist sicher, so Jürgen Hardt, daß dieser Trend auch im Wintersemester anhält. Die verfahrenere Situation im linken Machtbündnis, aber auch die Orientierungslosigkeit der Jungsozialisten-Hochschulgruppen öffnet den Kommilitonen die Augen. Geldermißbrauch und Schlamperei in den linken Asten tun das Übrige.

Die Aufforderung an die Jungsozialisten-Hochschulgruppen, sich aus dem linken Blockbündnis zu lösen, bleibt weiter bestehen. Vor wenigen Wochen konnte in Ludwigshafen der erste Koalitionsvertrag zusammen mit den Jungsozialisten unterschrieben werden.

Von der Teilnahme am demokratischen Dialog soll kein Studentenvertreter ausgeschlossen werden. Voraussetzung hierfür ist jedoch eine klare Absage an demokratiefeindliche und basisdemokratische Kräfte.

All dies verdeutlicht: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen entwickeln sich nicht isoliert, sondern sie sind eingebettet in das West-Ost-Verhältnis insgesamt. Und sie werden erleichtert, wenn sich die Großwetterlage zwischen Ost und West zum Besseren wendet.

Und umgekehrt kommen die nachhaltigen Verbesserungen der deutsch-sowjetischen Beziehungen, von der auch der jetzige Staatsbesuch ein Zeugnis ablegt, dem Klima und der Substanz des West-Ost-Verhältnisses insgesamt zugute.

In diesem Wissen, in dieser Verantwortung führt die Bundesregierung ihre langfristige Politik des Dialogs und Zusammenarbeit und der Verständigung mit der Sowjetunion fort.

Die Chinareise Bundeskanzler Helmut Kohls im Spiegel der Presse:

„... der Kanzler bewies viel Fingerspitzengefühl, als er seine China-Visite mit einem Besuch in Schanghai und einem Empfang auf der Deutschland eröffnete. Denn gerade zwischen Schanghai und der Bundesrepublik Deutschland gibt es enge Beziehungen — vor allem auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet.“

... So gesehen bietet dieser Kanzlerbesuch eine gute Chance, die jetzt schon guten deutsch-chinesischen Beziehungen weiter zu vertiefen.“

Frankfurter Neue Presse, 13. 7. 1987

„Kohls dritte China-Reise ist, wenn sie ... richtig gewürdigt wird, ... als politisch erfolgreich zu bezeichnen.“

... Kohl wurde die Ehre zuteil, als einer der ersten zu erfahren, wie die Staats- und Parteiführung in Peking erneut umorganisiert wird. Das ist ein Beweis der Hochschätzung für die Deutschen.“

Rheinische Post, 15. 7. 1987

„Der Bundeskanzler ist den Chinesen ... ein hochwillkommener Gast.“

... Die Zusicherung Dengs, der Reformkurs werde nicht mehr gebremst, sondern in Zukunft durch die Einführung einer politischen Reform beschleunigt werden, war Bestätigung für Helmut Kohl, daß er zum rechten Zeitpunkt an den Drachenthron gereist ist.“

Die Welt, 15. 7. 1987

... der Besuch des Bundeskanzlers hat sicher geholfen, die Verträge unter Dach und Fach zu bringen.“

Kölnische Rundschau, 15. 7. 1987

„Kohl hat recht, wenn er auf langfristige Perspektiven setzt: Wer heute in Peking anklopft, dem wird auch die Tür geöffnet, wenn es um dickere Aufträge geht.“

Bild, 14. 7. 1987

„Kohls Visite erhält besondere Bedeutung durch ihren Zeitpunkt.“ Die Welt, 14. 7. 1987

„Doch für Kohl war die Begegnung mit Deng keineswegs der einzige Höhepunkt seiner Gespräche in der chinesischen Hauptstadt. Mit Zhao Zi-yang, dem Premierminister und derzeit amtierenden Parteichef, traf er sich viermal. Das ist ungewöhnlich, beweist aber die Wertschätzung, die die Bundesrepublik Deutschland bei zukunftsorientierten chinesischen Politikern genießt.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. 7. 1987

... die pfälzische Nonchalance, mit der Kohl seinen chinesischen Partnern gegenüber aufgetreten ist, ... hat in Peking Anklang gefunden ... Kohl hat in Peking einen Beitrag dazu geleistet, daß der Respekt Chinas auch vor der politischen Rolle der Deutschen in der Weltpolitik gewachsen ist.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. 7. 1987

„Deng lobt Kohl für weitsichtiges Denken.“

Frankfurter Neue Presse, 15. 7. 1987

„Mit einem Wort läßt sich die Reise des Bundeskanzlers nach China treffend beschreiben: problemlos.“

Stuttgarter Zeitung, 15. 7. 1987

Gegen frauenfeindliche Werbung

Bundesgesundheitsministerin Rita Süßmuth hat an die Werbewirtschaft appelliert, künftig auf Werbung zu verzichten, die Frauen diskriminiert. Frauen dürften nicht auf „einseitige Rollenklischees“ zum Verkauf von Produkten festgelegt werden, sagte Frau Süßmuth in Bonn bei der Übergabe von 4 500 Unterschriften gegen frauendiskriminierende Werbung durch den Landesbezirk der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB). Sie begrüße es, daß der Werberat inzwischen Werbung beanstandete, die Frauen leicht oder nicht bekleidet ohne Bezug zu einem Produkt darstelle.

Blüm hat die SPD in NRW durcheinandergewirbelt

Es zeigt sich immer deutlicher, wie klug aus der Sicht der Union die beharrlichen Bemühungen Kohls und Geißlers waren, Norbert Blüm für die Nachfolge Biedenkopfs an der Spitze der NRW-CDU zu gewinnen. Zusammen mit Generalsekretär Linssen hat der Bundespolitiker Blüm innerhalb weniger Wochen für Ruhe in der fast aus den Fugen geratenen Parteiführung gesorgt und gleichzeitig die über Jahrzehnte satt und zufrieden regierenden Sozialdemokraten nervös gemacht. Die SPD an Rhein und Ruhr spürt, daß sie einen ernsthaften politischen Gegner bekommen hat.

Ein Beispiel für den Stimmungsumschwung in den beiden großen politischen Lagern bietet das Krisenmanagement beim Stahl-Problem. Auf der einen Seite ein flinker Blüm, der mit seinem Landesvorstand nach Hattingen zu den Stahlwerkern aufbricht — auf der anderen Seite ein Ministerpräsident Rau, der sich schwer tut, das Tempo mitzuhalten.

(Rheinische Post, 14. 7. 1987)

Eines muß man dem Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ja lassen: Seit er CDU-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen geworden ist, heizt er der dort seit 21 Jahren etablierten SPD-Landesregierung kräftig ein... Blüm hat es innerhalb weniger Wochen fertiggebracht, die Düsseldorfer bei den drängenden und zudem politisch brisanten Fragen des Arbeitsplatz-Abbaus in der Stahlindustrie in die Defensivrolle zu drängen — und damit „auf Trab zu bringen“, wie es ein maßgeblicher Betriebsrat nicht ohne gewisse Schadenfreude formulierte. Es war immerhin Blüm und nicht Rau, der sich für die gemein-

same Forderung von Arbeitgebern und IG Metall von Anfang an stark gemacht hatte, den anstehenden Abbau von etwa 20 000 Arbeitsplätzen in den Hütten der Ruhr mit Hilfe von subventionierten Sozialplänen abzuwickeln. Mit dieser Politik schuf sich Blüm zwar in Bonn nicht viel Freunde, wohl aber im Revier. Denn mit einer solchen Sozialplan-Regelung würde den Stahlwerkern die Existenzangst weitgehend genommen. Blüm hat am Wochenende seine Position noch einmal unterstrichen und mehr als eine Milliarde Mark an Hilfen in Aussicht gestellt. Lang kann da die Düsseldorfer Landesregierung nicht mehr abseits stehen. Der Druck von der Basis wird immer größer, die ursprünglich ablehnende Haltung gegenüber Sozialplanhilfen aufzugeben. Zwar hat Rau mit dem Argument nicht unrecht, vorrangig seien neue Arbeitsplätze zu schaffen. Doch woher sie kommen sollen, wissen weder er noch sonst jemand in der SPD. Im Herbst steht Rau neues Ungemach ins Haus: die große Auseinandersetzung um den Abbau von weiteren 20 000 Arbeitsplätzen — allerdings nicht im Stahlbereich, sondern im finanzschwachen Bergbau.

(Stuttgarter Zeitung, 14. 7. 1987)

Seit der quirlige Rheinhesse vor zwei Monaten für die CDU im Land die Führung übernommen hat, wird mehr von ihm als von Rau gesprochen. Die Parteikurve der Union stabilisiert sich, die SPD gerät zusehends in Schwierigkeiten. Die Jahre der SPD-Regierung, die vorwiegend mit Versprechungen und Taktieren vertan wurden und in denen der Bürger nur sehr selten sehen konnte, daß sich etwas bewegte, beginnen sich jetzt offensichtlich zu rächen.

(Kölnische Rundschau, 14. 7. 1987)

Stabilität zahlt sich aus: Verbesserung in der Sozialhilfe

Zum 1. Juli 1987 sind erneut die Grundbeträge der Einkommensgrenzen nach dem Bundesozialhilfegesetz (BSHG) um etwa 3,8 Prozent auf folgende Beträge angehoben worden:

- Die allgemeine Einkommensgrenze für Hilfe in besonderen Lebenslagen von 757 auf 786 DM,
- die besondere Einkommensgrenze für Behinderte von 1 136 auf 1 179 DM,
- die Einkommensgrenze für die Blindenhilfe und das Pflegegeld bei Schwerbehinderten von 2 272 auf 2 358 DM.

Die letzte Erhöhung der Grundfreibeträge war zum 1. Juli 1986 erfolgt. Zur Zeit erhalten ca. 1,1 Millionen Menschen Hilfe in besonderen Lebenslagen nach dem Bundesozialhilfegesetz.

Einen Überblick über die Entwicklung der Leistungen in der Sozialhilfe hat die Bundesregierung zuletzt im September und Dezember 1986 in Antworten auf zwei Große Anfragen zur Sozialhilfe in der Bundesrepublik Deutschland gegeben.

Fazit: Die Gesamtheit aller Sozialleistungen ist von 525 Mrd. DM im Jahre 1982 auf 570 Mrd. DM im Jahre 1985 gestiegen. Pro Kopf der Bevölkerung wurden 1985 9 337 DM für Sozialleistungen ausgegeben; 1982 waren es 8 517 DM. **Es zeigt sich, daß sich die auf Stabilität ausgerichtete Politik der Bundesregierung auch für die Sozialhilfeempfänger positiv ausgewirkt hat,** nachdem in den Jahren von 1978 bis 1983 fast durchweg Kaufkraftverluste hingenommen werden mußten.

Die Leistungen für die rund 2,8 Millionen Sozialhilfeempfänger (1985) sind in den letzten Jahren mehrfach angehoben worden: Aufgrund der verbesserten finanziellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konnten die Regelsätze zum 1. Juli 1984 mit 3,2 v.H. im Bundesdurchschnitt wieder an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten angepaßt werden, nachdem 1982 die Anhebung der Regelsätze erstmalig seit Inkrafttreten des Bundesozialhilfegesetzes durch Gesetz auf einen geringeren Satz begrenzt werden mußte, als es der Entwicklung der Lebenshaltungskosten entsprochen hätte.

Schließlich brachte das Jahr 1985 ab 1. Juli aufgrund eines neuen verbesserten Warenkorb eine Anhebung der Regelsätze um 8 v.H. im Bundesdurchschnitt, die deutlich über der Preissteigerungsrate für die Lebenshaltungskosten von Rentner- und Sozialhilfeempfängerhaushalten lag. Gleichzeitig traten mit der 4. Novelle des Bundesozialhilfegesetzes zum 1. Juli 1985 auch strukturelle Verbesserungen in Kraft: Alleinerziehende mit einem Kind bis zu sieben Jahren und ältere Mitbürger über 60 Jahre erhalten seitdem zusätzlich zum Regelsatz einen sogenannten Mehrbedarfzuschlag in Höhe von 20 v.H. ihres Regelsatzes. Das sind etwa 75 DM zusätzlich. Zuletzt wurden zum 1. Juli 1986 — neben der erwähnten Anhebung der Grundbeträge bei den Einkommensgrenzen — die Regelsätze wieder um 2,1 v.H. im Bundesdurchschnitt erhöht: Eine reale Verbesserung der Situation der Sozialhilfeempfänger, die Anfang der 80er Jahre unterbleiben mußte.

Jugendpolitische Vorhaben in der 11. Legislaturperiode

Neuordnung der Jugendhilfe als Schwerpunkt

In Bonn stellte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, MdB Paul Hoffacker, die jugendpolitischen Vorhaben der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor. Die großen Zukunftsaufgaben, wie Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die Zukunft der Arbeitswelt oder die Sicherung des Friedens, bleiben auch in der 11. Legislaturperiode auf der Tagesordnung.

Aber auch die Jugendpolitik im engeren Sinne muß in dieser Legislaturperiode stärker aus dem Schatten verschiedener Teilbereiche der Politik heraustreten. Ein wesentlicher Schritt hierzu ist die Neuordnung der Jugendhilfe, die der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 18. März 1987 angekündigt hat.

Eckpunkte der beabsichtigten Neuordnung des Jugendwohlfahrtsgesetzes (JWG) sind

- der Ausbau der Hilfen für junge Erwachsene,
- die Konzentration erzieherischer Hilfen auf örtlicher Ebene,
- der Ausbau ambulanter erzieherischer Hilfen,
- verbesserte Beratungsmöglichkeiten im Pflegekinderwesen.

1. Ausbau der Hilfen für junge Erwachsene

Diese Hilfen sollen insbesondere arbeitslosen jungen Erwachsenen zugute kommen. Bereits nach dem geltenden Recht können Leistungen der Jugendhilfe über

den Eintritt der Volljährigkeit hinaus weiter gewährt werden. Die Weitergewährung ist jedoch derzeit daran geknüpft, daß eine bereits vor der Volljährigkeit eingeleitete Maßnahme der schulischen und beruflichen Bildung fortgeführt wird. Aufgrund der veränderten Situation versagen die Vorschriften heute insbesondere bei jungen Volljährigen, die erst nach der Vollendung des 18. Lebensjahres eine Berufsausbildung beginnen können, in eine neue Ausbildungsmaßnahme überwechseln oder ihren Ausbildungs- oder Arbeitsplatz verlieren. Gerade für diesen Personenkreis erscheinen Hilfen in besonderer Weise notwendig.

2. Konzentration erzieherischer Hilfen auf örtlicher Ebene

Seit Jahren wird gefordert, das „Nebeneinander“ von örtlichen und überörtlichen Hilfen, wie es sich in der Jugendhilfe entwickelt hat, aufzugeben und alle erzieherischen Hilfen bei den örtlichen Jugendämtern zu bündeln. Eine solche Zuständigkeitsbündelung bedingt allerdings bei den örtlichen Jugendämtern auch eine Verlagerung der entsprechenden Mittel von der überörtlichen auf die örtliche Ebene. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Landesjugendämter und oberste Landesjugendbehörden aus der Verantwortung der Jugendhilfe entlassen werden.

3. Ausbau ambulanter erzieherischer Hilfen

Das Jugendwohlfahrtsgesetz als Eingriffs- und Kontrollgesetz hat sich bislang vor allem auf Hilfen zur Erziehung

außerhalb der eigenen Familie konzentriert. Demgegenüber werden in der Praxis seit längerer Zeit verschiedene ambulante, familienunterstützende Hilfen erfolgreich erprobt, die gesetzlich noch immer nicht abgesichert sind. In erster Linie ist dabei die sozialpädagogische Familienhilfe zu erwähnen, die derzeit bereits von vielen Jugendämtern angeboten wird. Mittel- und langfristig trägt der Ausbau der sozialpädagogischen Familienhilfe zu einem Abbau der Fremdunterbringungen (Heimerziehung) bei. Heimerziehung bleibt aber nach wie vor eine wichtige und in bestimmten Fällen unverzichtbare Form familienersetzender Jugendhilfe.

4. Verbesserte Beratung im Pflegekinderwesen

Während das Jugendwohlfahrtsgesetz Pflegekinder noch immer vor allem unter den Aspekten der Aufsicht und Kontrolle behandelt, hat sich in der Praxis der Jugendhilfe die Arbeit auf eine umfassende Beratung der Herkunftseltern vor der Inpflegegabe, die Vermittlung des Kindes in eine geeignete Familie sowie die Zusammenarbeit des Jugendamtes mit Herkunftsfamilie und Pflegeeltern während der Dauer des Pflegeverhältnisses hin verlagert. Daher sollte der Gesetzgeber insoweit eine bereits eingetretene Praxisentwicklung nachholen. In diesem Zusammenhang ist eine personelle Verstärkung der Pflegekinderdienste in den Jugendämtern und bei freien Trägern wünschenswert.

Neben der Neuordnung der Jugendhilfe stehen eine Reihe anderer jugendpolitischer Vorhaben auf der Tagesordnung:

■ Außerhalb der organisierten Jugendhilfe gibt es ein Selbsthilfepotential, das durch entsprechende finanzielle Förderung in die Lage versetzt werden muß, sich eigendynamisch weiterzuentwickeln. Eine angemessene Förderung dieses

Bereichs aus Mitteln des Bundesjugendplanes ist daher unentbehrlich. Die **verstärkte Berücksichtigung der zahlreichen Selbsthilfeinitiativen** durch die Jugendförderung darf aber keineswegs zu Lasten der traditionellen Jugendverbände gehen. Die Aktivitäten von Selbsthilfegruppen stellen keine Alternativen, sondern ergänzende Formen zur Jugendarbeit der Verbände dar.

■ Die Möglichkeiten, die das **freiwillige soziale Jahr** bietet, müssen erweitert werden. Allein 1985 haben sich über 13 000 junge Menschen daran beteiligt. Die Nachfrage zum sozialen Engagement, die Bereitschaft zum sozialen Lernen und zur praktizierten Nächstenliebe steigt. Deshalb sollten **vermehrt Einsatzmöglichkeiten**, insbesondere in kinderreichen Familien, geschaffen werden.

■ Die zahlreichen auf Bundesebene ausgedruckten **Jugendwettbewerbe**, wie beispielsweise „Jugend musiziert“ oder „Jugend forscht“, haben sich als ein wirksames Instrument zur Förderung von Begabungen erwiesen. Angesichts der Zunahme von Initiativen, vor allem im Gesundheitsbereich, sollte ein **neues Sonderpreisthema „Jugend und soziales Engagement“** geschaffen werden.

■ Ein drängendes Problem ist die **Situation junger Aussiedler**. Sprach- und Ausbildungsprobleme stehen hier im Vordergrund. Die Mittel hierfür müssen aufgestockt werden.

■ Zu den Schwerpunkten der Jugendpolitik gehört auch die Intensivierung und **Ausweitung der internationalen Jugendarbeit**. Hier sind insbesondere der Ausbau des deutsch-amerikanischen Jugendaustausches und die Verstärkung der Bemühungen um die Einbeziehung mittel- und osteuropäischer Länder anzustreben. Die Intensivierung des Jugendaustausches mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen hat dabei einen hohen Stellenwert.

Senioren-Union entwickelt sich zu einer aktiven Kraft in der CDU

Auf einer Pressekonferenz in Bonn schilderte der Seniorenbeauftragte der CDU, Gerhard Braun, die Entwicklung und derzeitige Situation der Senioren-Union. Diese umfaßt mittlerweile ca. 30 000 Mitglieder mit ca. 650 Orts- und Kreisvorsitzenden. Im Rahmen seiner Aufgabenstellung nahm der Seniorenbeauftragte der CDU Deutschland allein im letzten Jahr an 300 Veranstaltungen teil und besuchte ca. 50 Altenheime.

Ende der 70er Jahre gründete die CDU als Modellprojekt die Senioren-Union in Baden-Württemberg. Die Erfahrungswerte aus Baden-Württemberg zeigen, daß damit die Defizite der Altenarbeit in politischen Gremien beseitigt werden konnten.

Auf dem CDU-Bundesparteitag in Essen im März 1985 wurden die CDU-Landes- und Kreisverbände zu einer verstärkten Seniorenarbeit aufgefordert.

Die Senioren-Union setzt sich auf der Grundlage des CDU-Grundsatzprogramms für die Interessen der älteren Generation ein. Die Senioren-Union verfolgt das Ziel, daß die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger aktiv am Leben in unserer Gesellschaft teilnehmen und daran teilhaben.

In dem weitgefaßten Feld der Altenarbeit versteht sich die Senioren-Union sowohl als aktive Kraft in der CDU wie auch als unmittelbarer Ansprechpartner für die mehr als 100 bundesweiten Altenorganisationen.

Im Oktober 1985 wurde Gerhard Braun als Seniorenbeauftragter der CDU Deutschlands berufen.

1986 wurden von der CDU-Bundesgeschäftsstelle vier Großveranstaltungen zum Themenbereich der älteren Generation durchgeführt mit insgesamt ca. 14 000 Teilnehmern.

Bundesweit wurde die Aktion „Gute Nachbarschaft“ von der Senioren-Union mit großem Erfolg durchgeführt.

In den Orts- und Kreisverbänden der Senioren-Union finden regelmäßige Veranstaltungen mit älteren Mitbürgern statt.

Auf der Grundlage von schriftlichen und mündlichen Angaben der CDU-Landesgeschäftsstellen kann derzeit von folgenden Zahlen ausgegangen werden:

- ca. 650 Orts- und Kreisvorsitzende der Senioren-Union;
- ca. 30 000 Mitglieder.

Auf dem Seniorenkongreß der CDU am 19. März 1986 hat Generalsekretär Heiner Geißler ausgeführt, daß er auf dem ersten Bundesparteitag der CDU nach den Bundestagswahlen 1987 die Senioren-Union sowohl als eine Vereinigung der CDU vorschlagen als auch eine Änderung der CDU-Bundessatzung empfehlen werde.

Auf dem CDU-Bundesparteitag in Mainz 1986 hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, dies noch einmal bekräftigt.

In folgenden CDU-Landesverbänden besteht die Senioren-Union:

- Baden-Württemberg** — Landesvorsitzender: Alfred Löffler
- Berlin** — Landesbeauftragter: Heinz Heinschke
- Hamburg** — Landesbeauftragte: Charlotte Fera

Bundesstiftung „Mutter und Kind“ Drei Jahre erfolgreiche Arbeit

Am 15. Juli 1984 wurde die Bundesstiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“ eingerichtet. Mehr als 70 000 Frauen konnte durch die Mittel der am 15. Juli 1984 eingerichteten Bundesstiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“ bisher geholfen werden. Diese positive Bilanz nach drei Jahren zeigt, daß das Angebot der Stiftung von den betroffenen Frauen angenommen wird, in einer sozialen Notlage durch finanzielle Hilfen die Fortsetzung der Schwangerschaft zu erleichtern und damit den Schutz des ungeborenen Lebens zu verbessern.

Insbesondere im Zusammenwirken mit dem neuen Erziehungsgeld, das seit

1. Januar 1986 in Höhe von monatlich 600 DM für 10 Monate (ab 1988: 12 Monate) gewährt wird und auf andere Sozialleistungen wie Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und Wohngeld nicht angerechnet wird, kann so vielen schwangeren Frauen und jungen Müttern wirksam, schnell und unbürokratisch geholfen werden.

Die Ziele der Stiftung

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland stellt das Leben auch des noch nicht geborenen Kindes unter seinen Schutz. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen (Artikel 1 GG) und das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Artikel 2 GG) gelten auch für Menschen vor ihrer Geburt. Der

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

Hessen —

Landesvorsitzende: Maria Schinzel

Nordrhein-Westfalen —

Landesbeauftragter: Alo Hauser

Rheinland-Pfalz —

Landesbeauftragter: Heinz Korbach

Saarland —

Landesbeauftragter: Hans Gross MdL

Schleswig-Holstein —

Landesbeauftragter: Wolfgang Ehlke

In den Landesverbänden Niedersachsen und Bremen soll die Berufung eines Seniorenbeauftragten in Kürze erfolgen.

Abgesehen von Baden-Württemberg, wo die Senioren-Union als eine Vereinigung der CDU in die Landessatzung bereits vor acht Jahren aufgenommen worden ist, bestehen in den anderen CDU-Landesverbänden derzeit unterschiedliche

Entwicklungsformen der Senioren-Union, so zum Beispiel in Niedersachsen die Form von eingetragenen Vereinen oder in Nordrhein-Westfalen u. a. die Form von Arbeitskreisen. In fast allen CDU-Landesverbänden hat sich die Senioren-Union vorbehaltlich einer künftigen Bundesregelung entwickelt.

Braun erneuerte in der Pressekonferenz seinen Vorschlag, eine Stiftung für die ältere Generation zu gründen, die die Seniorenbeiräte auf kommunaler Ebene finanziell fördern solle. Auch ein Bundes-seniorenorchester als Gegenstück zum Bundesjugendorchester könne aus dieser Kasse Geld erhalten. Nach Ansicht des Seniorenbeauftragten ist es ferner erforderlich, Pflgetätigkeit innerhalb der Familie anzuerkennen und aus Stiftungsmitteln zu honorieren.

Staat kann zwar nicht alle Konflikte lösen, er kann aber dafür sorgen, daß keine Frau, weil sie ein Kind bekommt, in eine soziale Notlage gerät. Die Stiftung „Mutter und Kind“ stellt darum Mittel zur Verfügung, mit denen betroffenen Frauen schnell und unbürokratisch geholfen werden kann. Die **Bundesmitten** betragen 1986 bis 1988 **jährlich 80 Millionen DM**.

Die Hilfen aus Mitteln der Stiftung werden über Landesstiftungen oder die Träger der anerkannten Beratungsstellen für Schwangerschaftskonflikte unmittelbar gewährt. Die Mittel sind zugeschnitten auf die individuelle Notlage, in der sich die werdende Mutter befindet oder in die sie durch die Geburt kommen kann. Eine Analyse der Hilfesuchenden ergibt, daß vordringlich Frauen, in deren Familie Arbeitslosigkeit herrscht, jungen Frauen, die eine Ausbildung noch nicht abgeschlossen haben und Sozialhilfeempfängerinnen, die auf eine zusätzliche individuelle Hilfe angewiesen sind, mit den Mitteln der Stiftung geholfen werden kann.

Erfahrungen mit vergleichbaren Stiftungen in einzelnen Bundesländern haben gezeigt, daß auf diesem Wege Schwangerschaftsabbrüche vermieden werden können. Viele schwangere Frauen beschreiben ihre finanzielle Situation als sehr bedrückend. Sie befürchten, daß sie durch die Schwangerschaft verstärkt in wirtschaftliche und finanzielle Not geraten. Aus den Erfahrungen der Beratungsstellen ist bekannt, daß die Schwangeren ihre ausweglos erscheinende Situation anders beurteilen, wenn ihnen die erforderlichen Hilfen unmittelbar zugesagt werden.

Hilfen aus Stiftungsmitteln

Voraussetzungen für Hilfen aus Stiftungsmitteln sind:

- Beratung und Antragstellung in einer anerkannten Beratungsstelle gem. § 218 b StGB während der Schwangerschaft,
- Schwangerschaftsattest,
- das Vorliegen einer Notlage,
- Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich im Lande Berlin.

Welche Hilfen gegeben werden können, richtet sich nach der spezifischen Situation jeder einzelnen schwangeren Frau. Die Förderschwerpunkte liegen dabei in den folgenden Bereichen:

- Beihilfen für die Erstausrüstung des Kindes,
- Unterstützung für die Weiterführung des Haushalts,
- Hilfen beim Suchen und der Einrichtung einer angemessenen Wohnung,
- Übernahme von Kosten für die Betreuung des Kleinkindes,
- fortlaufende Leistungen zur Unterstützung der Lebensführung,
- Ermöglichung der auswärtigen Unterbringung der werdenden Mutter,
- Sicherstellung einer Ausbildung.

Die Hilfen werden in der Regel für einen Zeitraum von 12 Monaten gegeben; in Ausnahmefällen können Leistungen auch bis zu 36 Monaten gewährt werden.

Damit die Mittel auch wirklich die werdende Mutter als zusätzliche Hilfe erreichen, werden diese nicht auf andere soziale Leistungen angerechnet.

Die Stiftung ist Teil des Gesamtpakets familienpolitischer Leistungen, zu denen Steuerfreibeträge, Kindergeldzuschlag, steuerliche Erleichterungen für Alleinerziehende, Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht und Erziehungsgeld gehören.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

Die große Steuerreform ist für alle da — Zum Beispiel: 1118 DM weniger Steuern

**CDU
extra**

Seite 4: Reise
nach Bonn
zu gewinnen

**Stabilität
in Deutschland**

Steigende Einkommen
Mehr Arbeitsplätze
Stabile Preise

Endlich in Sicht: Die Raketen kommen weg

Erfolg von Bundeskanzler Helmut Kohl

Noch nie war die Abrüstung so nah.
Schon bald kann dieser Wunsch der
Menschen in einem neuen Schritt

Daß es zu dieser neuen Hoffnung
der Menschen auf Abrüstung endlich
kommen konnte, ist unübersehbar.

Der wirtschaftspolitische Kurs der Bundesregierung stimmt. Die Pluspunkte für die Bürger sind klar:

- Das Wachstum geht auch dieses Jahr weiter: Plus zwei Prozent. Dafür sorgt eine stabile Inlandsnachfrage, besonders der private Verbrauch.
- Der Export nimmt zu: Im ersten Quartal 1987 sind die deutschen Ausfuhren um ein Prozent gestiegen. Unsere Stärke bleibt unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit.
- Die Steuerreform entlastet die Bürger. Insbesondere Familien mit Kindern, Facharbeiter und kleine Selbstständige zahlen weniger Steuern.
- Die Preise bleiben stabil. Den Arbeitnehmern und Rentnern kommen die Lohn- und Rentenerhöhungen voll zugute. Sie

werden nicht wie zu SPD-Zeiten von der Inflation weggefressen. ● Neue Arbeitsplätze entstehen: 1987 werden 100.000 bis 200.000 mehr Menschen einen neuen Arbeitsplatz finden.

● Die Qualifizierungsoffensive wird fortgesetzt. Das bringt neue Chancen für Arbeitnehmer und Arbeitslose.

Die Bürger können mit Zuversicht in die Zukunft blicken: Die Weltkonjunktur ist weiterhin aufwärts gerichtet. (Gutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute).



Die Deutschen spüren, daß wir auf einem guten Weg sind. Das beweist ihr Vertrauen in die Zukunft! Aus Angst ist Hoffnung geworden, aus Pessimismus Optimismus. Die Deutschen glauben wieder an ihre Leistungskraft. Die lähmenden Selbstzweifel sind überwunden.

Mindestabnahme: 250 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 25,- DM
Bestell-Nr.: 2985

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum, Postfach 13 28
4804 Versmold

UID

23/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 5 44 1, Btx-Nr. * 5 44 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,- DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: WVA-Druck, Düsseldorf.